3

komba magazin

Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst

März 2023 – 25. Jahrgang

Einkommensrunde 2023
komba im Aktionsmodus

dbb Seiten 9 bis 48

Seite 6

komba Einsatz in Europa:

CESI Firefighters' Day 2023

Seite 7

komba Aktion zum Weltfrauentag:

Altersarmut von Frauen bekämpfen

HAWESKO
Hanseatisches Wein und Sekt Kontor

Rebsortenvielfalt aus Deutschland

SIE SPAREN ÜBER 50%

10 Flaschen + 2 Weingläser statt € ~~121,30~~ nur **€ 49,90**

JETZT **VERSANDKOSTENFREI** BESTELLEN: **hawesko.de/dbb**

JAHRZEHNTELANGE ERFAHRUNG Über 55 Jahre Erfahrung im Versand und Leidenschaft für Wein bündeln sich zu einzigartiger Kompetenz.

GARANTIERTE QUALITÄT Wir stellen hohe Qualitätsanforderungen an unsere Weine – von der Entscheidung beim Winzer bis zur fachgerechten Lagerung.

BESTER ONLINE WEINFACHHÄNDLER 2021 Ausgezeichnet von der Frankfurt International Trophy, Wine, Beer & Spirits Competition.

Hier zum Angebot:

Vorteilsnummer 1104880

Zusammen mit 10 Fl. im Vorteilspaket erhalten Sie 2 Gläser der Serie PURE von Zwiesel Glas, gefertigt aus TRITAN® Kristallglas, im Wert von € 19,90. Telefonische Bestellung unter 04122 50 44 55 mit Angabe der Vorteilsnummer (wie rechts angegeben). Max. 3 Pakete pro Kunde und nur solange der Vorrat reicht. Es handelt sich um Flaschen von 0,75 Liter Inhalt. Alkoholische Getränke werden nur an Personen ab dem vollendeten 18. Lebensjahr geliefert. Informationen zu Lieferbedingungen und Datenschutz finden Sie unter www.hawesko.de/service/lieferkonditionen und www.hawesko.de/datenschutz. Ihr Hanseatisches Wein- und Sekt-Kontor Hawesko GmbH, Geschäftsführer: Gerd Stemmann, Alex Kim, Anschrift: Friesenweg 24, 22763 Hamburg, Handelsregistereintrag: HRB 99024 Amtsgericht Hamburg, USt-Identifikationsnr: DE 25 00 25 694.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eigentlich ist es ja willkommen, wenn auf einmal eine spürbare zusätzliche Summe auf dem Gehaltskonto eingeht. Aber nicht immer. Die Arbeitgeber zeigen gerade, wie sich ein warmer Regen als kalte Dusche entpuppen kann. Genau das trifft nämlich auf die in der Einkommensrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen angebotene „Inflationsausgleichsprämie“ zu. Damit können zwar aktuelle Rechnungen beglichen, Nachzahlungen für die Heizkosten geleistet oder der nächste Einkauf bezahlt werden. Doch die Ernüchterung kommt spätestens dann, wenn auch in den Folgmonaten und -jahren solche Zahlungen anfallen, auf dem Konto aber Flaute ist.

Es ist nun einmal das Wesen von Einmalzahlungen, dass sie nur einmal kommen. Wenn die Preise hoch bleiben oder sogar weiter steigen, nützt das wenig. Klar, dass die Arbeitgeber versuchen, den Beschäftigten solche Einmalzahlungen schmackhaft zu machen. Sie müssen nämlich unter dem Strich viel weniger Geld in die Hand nehmen, wenn nur einmal eine – wenn auch verhältnismäßig hohe – Summe gezahlt wird, statt eine geringere Summe unbefristet monatlich zu zahlen.

Die Beschäftigten fallen nicht auf diesen Trick herein und wir werden auch nicht zulassen, dass die Beschäftigten in diese Falle hineinlaufen. Bei deren Aufstellung hat die Bundesregierung übrigens tatkräftig mitgeholfen. Sie hat nämlich die Abgabenfreiheit von Inflationsausgleichsprämien ermöglicht, was deren Attraktivität natürlich steigert. Damit sollten allerdings niedrigere Tarifabschlüsse „gefördert“ werden – eine Vorlage, die die öffentlichen Arbeitgeber offenbar gern annehmen.

Doch Tarifabschlüsse kommen zum Glück erst dann zustande, wenn sie auch die Unterschrift der Gewerkschaften tragen. Und die gibt es von uns so nicht. Wir schließen eine Einmalzahlung nicht aus, aber sie kann eine faire lineare Einkommenssteigerung nicht ersetzen – nur ergänzen.

Die Arbeitgeber sind gut beraten, wenn sie in der nächsten und wohl entscheidenden Verhandlungsrunde nachlegen: aufgrund der überzeugenden Sachargumente, aber auch aufgrund der nicht übersehbaren Streikbereitschaft unserer Mitglieder.

Ihre komba Bundesleitung

© Friedhelm Windmüller/dbb

Impressum

Herausgeber: Bundesleitung der komba gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081687-0. **Telefax:** 030.4081687-9. **E-Mail:** bund@komba.de. **Internet:** http://www.komba.de. **Redaktion:** Silke Florijn (fl), Stefanie Frank (sf), Kai Tellkamp (kt), komba, Jasmin Jestel (jj). **Fotos:** Friedhelm Windmüller/dbb, komba gewerkschaft, Julia Petersen, Daniela Martara, Daniel Bach, Rainer Cordes, dbb und Deutsche Rentenversicherung. **Titelbild:** Friedhelm Windmüller/dbb. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** komba magazin: bildungs- und service GmbH, Steinfelder Gasse 9, 50670 Köln. **Telefon:** 0221.135801. **Bezugsbedingungen:** Für Mitglieder der komba gewerkschaft ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für Nichtmitglieder beträgt der Abonnementpreis 16 Euro zzgl. Versandkosten.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Gestaltung:** Benjamin Pohlmann. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 64 (dbb magazin) vom 1.1.2023. **Druckauflage:** dbb magazin: 553 225 (IVW 4/2022). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Beiträge und Leserbriefe:** Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangte Einsendungen.

komba

- Einkommensrunde Bund und Kommunen: Arbeitgeberangebot als Mogelpackung entlarvt – Warnstreiks ausgeweitet 4
- Kommunale Dienstleistungen: Bedeutung bestätigt – Bestand gefährdet 6
- komba Einsatz in Europa: CESI Firefighters’ Day 2023 6
- komba Aktion zum Weltfrauentag: Altersarmut insbesondere von Frauen bekämpfen 7
- komba akademie 8
- Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst: Ansprüche sind tarifvertraglich abgesichert 8
- Sozialwahlen: dbb Liste wählen 8

dbb

- Einkommensrunde 2023 Mogelpackung verschärft Arbeitskampf 9
- Bundesweite Warnstreiks und Proteste 10
- Nachrichten 13
- Recruiting – TikTok, Instagram & YouTube: der öffentliche Dienst in Social Media 14
- Personalgewinnung in Zeiten des Fachkräftemangels: Organisationskultur und fähige Führungskräfte sind Schlüssel zum Erfolg 16
- Lehrkräftemangel: Kreative Ideen für den ländlichen Raum 20
- Netzwerk Junge Bürgermeister*innen: Frischer Wind für die Kommunen 24
- Nachgefragt … bei Michael Salomo, Netzwerk Junge Bürgermeister*innen 25
- Personalpolitik: Bewegt euch und gestaltet! 27
- Europäische Antworten auf den Fachkräftemangel: Wenn die Ressource Mensch knapp wird 28
- Clean IT: Mehr Energieeffizienz durch nachhaltige Entwicklung 30
- Novelle des Bundesdisziplinargesetzes: Gesetzesänderung könnte Verfahren verlängern 32
- Gespräch mit der Bundespflegebeauftragten: „Pflege muss neu gedacht werden“ 36
- Arbeitsmarktpolitik: Potenziale der Frauen besser nutzen 40

Einkommensrunde Bund und Kommunen

Arbeitgeberangebot als Mogelpackung entlarvt

Die komba gewerkschaft zeigt in der Einkommensrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen eindrucksvoll ihre Durchsetzungswilligkeit.

Bereits vor der zweiten Verhandlungsrunde kam es im gesamten Bundesgebiet zu spürbaren Warnstreikaktionen von kommunalen Beschäftigten, häufig gemeinsam mit weiteren dbb Gewerkschaften, die Personal des Bundes organisieren.

Die klaren Signale der Beschäftigten haben die Arbeitgeber immerhin veranlasst, bereits in der zweiten Verhandlungsrunde ein Angebot vorzulegen. Allerdings: Es ist nicht akzeptabel, da es weit hinter unseren berechtigten Forderungen – 10,5 Prozent mehr, mindestens aber 500 Euro – zurückbleibt.

Die Bundesleitung bewertet das Angebot als klar unzureichend

Das Angebot sieht dagegen eine fünfprozentige Erhöhung in zwei Schritten mit einer Laufzeit von 27 Monaten vor. „Das würde zu einem spürbaren Reallohnverlust führen“, so komba Bundesvorsitzender **Andreas Hemsing**. Die stellvertretende Bundesvorsitzende **Sandra van Heemskerk** ergänzt mit Blick auf die außerdem angebotenen Einmalzahlungen: „Die Inflationsausgleichsprämien wirken nur einmal, die Inflation wirkt jedoch Monat für Monat!“ Auch das dritte Element des Angebotes kann nicht ohne Weiteres überzeugen, wie ihr Kollege **Kai Tellkamp** erläutert: „Die Vereinheitlichung der Jahressonderzahlung auf 90 Prozent

Bundesweit fanden zahlreiche Warnstreikaktionen statt. Hier ein Auszug:

© Friedhelm Windmüller/dbb

Aachen, 27. Januar

© Daniel Bach

Koblenz, 1. Februar

© Friedhelm Windmüller/dbb

Flensburg, 7. Februar

© Friedhelm Windmüller/dbb

Fulda, 9. Februar

© Friedhelm Windmüller/dbb

Ansbach, 16. Februar

© Daniela Morrara

Frankfurt, 17. Februar

– Warnstreiks ausgeweitet

wäre zwar positiv –, da aber vor allem die oberen Entgeltgruppen profitieren würden, sind ergänzende Maßnahmen für die unteren und mittleren Gruppen, wo sich die Inflation besonders stark auswirkt, unverzichtbar. Aus guten Gründen fordern wir einen Mindestbetrag!“

Doch genau diese Maßnahmen zugunsten der unteren und mittleren Einkommensgruppen werden von den Arbeitgebern verweigert. „Mindestbeträge werden nicht Gegenstand des Tarifergebnisses sein“, heißt es bei der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA). Diese Einkommenspolitik ist für die Beschäftigten nicht akzeptabel.

Die Arbeitgeber – sowohl die Kommunen als auch der Bund – wollen also Einschnitte in den Lebensstandard aller Beschäftigten verursachen und ganz besonders die unteren und mittleren Einkommensgruppen im Regen stehen lassen. „Wie die Arbeitgeber mit diesen Maßnahmen den Personalmangel im öffentlichen Dienst bekämpfen wollen, bleibt ein Rätsel“, ergänzt Hemsing.

Streikbereitschaft steigt weiter

Diese Einschätzungen werden offenbar von der komba Basis geteilt. Denn die Streikbereitschaft hat infolge des Angebotes weiter zugenommen. Die Beschäftigten pochen auf ein besseres Angebot und bringen durch die starke Beteiligung an unseren Aktionen zum Ausdruck, dass sie ein solches auch durchsetzen wollen. Es wird also spannend, ob die Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde, die vom 27. bis 29. März stattfindet, die Realitäten erkennen.

(kt)

© Friedhelm Windmüller/dbb

Potsdam, 22. Februar – die Mitglieder der Verhandlungskommission haben in Potsdam Rückenwind erhalten, aber an weiteren Warnstreiks in den Regionen führte kein Weg vorbei.

© Friedhelm Windmüller/dbb

Bonn, 27. Februar

© Rainer Cordes

Rostock, 21. Februar

© komba gewerkschaft nrw

Düsseldorf, 27. Februar

© Friedhelm Windmüller/dbb

Hannover, 28. Februar

© Julia Petersen

Kiel, 2. März

Kommunale Dienstleistungen

Bedeutung bestätigt – Bestand gefährdet

Die im „Monitor öffentlicher Dienst 2023“ vom dbb zusammengestellten Zahlen, Daten und Fakten zur Lage des öffentlichen Dienstes bringen nach Auswertung der komba gewerkschaft wichtige und leider auch hochproblematische Erkenntnisse zutage.

© dbb

Positiv ist, dass Berufe des öffentlichen – und dabei häufig des kommunalen – Dienstes bei den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland das höchste Ansehen haben. Unangefochten an der Spitze stehen die Einsatzkräfte der Feuerwehr – sie haben bei 93 Prozent der vom Meinungsforschungsinstitut Forsa Befragten ein hohes Ansehen. Auch Krankenpfleger/innen, Erzieher/innen und Beschäftigte in der Abfallbeseitigung nehmen mit Werten zwischen 70 und 88 Prozent Spitzenplätze ein. Zum Vergleich: Mitarbeiter/innen bei Telefongesellschaften kommen nur auf zwölf Prozent.

Das hohe Ansehen des öffentlichen Dienstes ist auch gerechtfertigt, denn die dort angesiedelten Aufgaben sind für den Zusammenhalt der Gesellschaft unverzichtbar. Allerdings – und das ist besorgniserregend – ist der Staat für 66 Prozent der Befragten überfordert, seine Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen. Vor zwei Jahren waren es nur 40 Prozent. „Welche Argumente brauchen die Arbeitgeber und die Politik eigentlich noch, um eine aufgabengerechte Personalausstattung mit attraktiven Arbeits- und Einkommensbedingungen sowie eine zeitgemäße Sachausstattung und Struktur konsequent auf den Weg zu bringen?“, wundert sich die stellvertretende komba Bundesvorsitzende **Sandra Müller**. Wir werden jedenfalls nicht nachlassen, an deren Einsichtsfähigkeit zu arbeiten. *(kt)*

---

komba Einsatz in Europa

CESI Firefighters’ Day 2023

In Krisenzeiten wird die unverzichtbare Arbeit der Feuerwehren und Rettungsdienste besonders sichtbar.

© komba gewerkschaft

Die komba gewerkschaft ist auch auf europäischer Ebene aktiv – hier Valentino Tagliafierro vom Fachbereich Feuerwehr und Rettungsdienst.

Da Krisen häufig eine globale Dimension haben, ist auch hinsichtlich der Gewerkschaftsarbeit in diesem Bereich ein internationales Agieren sinnvoll. Dies geschieht über unsere europäische Dachorganisation CESI. Im Rahmen des CESI Firefighters’ Day 2023 trafen sich am 1. Februar 2023 Delegierte von Mitgliedsorganisationen der CESI, die Feuerwehren und andere Rettungsdienste repräsentieren, mit EU-Vertreter/innen in Brüssel, um mögliche Handlungsfelder auf EU- wie auch auf nationaler Ebene zu erörtern. Für dbb und komba nahm an der Tagung der Vorsitzende des komba Bundesfachbereichs Feuerwehr und Rettungsdienst, **Valentino Tagliafierro,** teil.

Insbesondere vor dem Hintergrund Jahr für Jahr zunehmender Naturkatastrophen im EU-Gebiet wie Überschwemmungen, Hitzewellen und Waldbränden zielt der Dialog darauf ab, die Effizienz der Rettungsdienste und Feuerwehren durch eine verstärkte grenzüberschreitende Koordinierung und Solidarität zu steigern, Frühwarnmechanismen zu optimieren sowie nicht zuletzt die Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften für Beschäftigte im Feuerwehr- und Rettungsdienst weiter umfassend zu verbessern.

Die Teilnehmenden tauschten sich in diesem Zusammenhang intensiv über die Situation der Beschäftigten und gewerkschaftliche Forderungen aus. Valentino Tagliafierro thematisierte hierbei die hohe Belastung im deutschen Rettungsdienst und zeigte insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auf, wie wichtig eine Steigerung der Attraktivität der Berufe bei den Feuerwehren und Rettungsdiensten sei. Er ging zudem auf das Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte und die Eskalation in einigen deutschen Städten zu Silvester 2022 ein und stellte unter anderem die Kernforderung der komba nach einem flächendeckenden Meldesystem dar.

Die komba gewerkschaft wird den Austausch mit ihren Partnerorganisationen auf europäischer Ebene im Sinne der Interessen und Belange der Beschäftigten der europäischen Gemeinden, Städte, Landkreise und Regionen fortsetzen. ■

komba Aktion zum Weltfrauentag

Altersarmut insbesondere von Frauen bekämpfen

Der Einkommensrückstand von Frauen ist ein Thema, das bereits in der Gesellschaft angekommen ist. Doch was ist mit der Rentenlücke zwischen Frauen und Männern?

Auch hier besteht Handlungsbedarf. Die komba Bundesfrauenvertretung rückt anlässlich des Weltfrauentages dieses Problem in den Vordergrund und legt ein Positionspapier vor.

Der durchschnittliche Altersrentenzahlbetrag für langjährig Versicherte beträgt nach den aktuellen Erhebungen bei Frauen 868,22 Euro und bei Männern 1 346,10 Euro. Der „gender pension gap“ stellt mit 46 Prozent eine der höchsten Rentenlücken zwischen den Geschlechtern in Europa dar. Diese resultiert insbesondere aus geringeren Einzahlungen von Frauen in die Rentenversicherung. Dafür wiederum ist eine höhere Teilzeitquote, eine Berufswahl mit geringeren Einkommens- beziehungsweise Aufstiegsmöglichkeiten und ein geringerer Anteil an Führungspositionen verantwortlich. Diese Ausgangslage wird spätestens dann zum Problem, wenn eine Lebensgemeinschaft, in der die Entscheidung zum Beispiel für die Reduzierung der Arbeitszeit der Frauen zum Wohle der Familie getroffen wurde, in die Brüche geht.

Die komba Bundesfrauenvertretung hat Forderungen zusammengetragen, um die Interessen der Frauen besser zu berücksichtigen. So sollen größere Anreize für Männer geschaffen werden, ihre Arbeitszeit an den Bedürfnissen der Familie auszurichten. Auch Führen in Teilzeit sollte geschlechterunabhängig praktiziert werden. Daneben sind versorgungsrechtliche Regelungen weiterzuentwickeln: Das Rentensystem muss besser vor Altersarmut durch unbezahlte Care-Arbeit schützen, ergänzend sollte in Lebensgemeinschaften eine private Vorsorge zugunsten des Partners mit reduzierter Arbeitszeit verbindlich sein.

Der Weltfrauentag findet jährlich am 8. März statt und macht weltweit auf Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter aufmerksam.

(jj, kt)

Mit diesem Bild wird in den sozialen Medien für eine Online-Veranstaltung der komba am 21. März mit Tipps zum Vermögensaufbau geworben – ein Banküberfall gehört allerdings nicht dazu.

komba akademie

Über die komba akademie wurde die Qualifikation weiterer Funktionsträger/innen der komba Landesgewerkschaften fortgesetzt.

In dem zweiten wieder in Fulda durchgeführten Modul ging es um die Förderung aktiver Ortsverbände sowie die Mitgliedergewinnung.

In folgenden Modulen werden weitere für die Gewerkschaftsarbeit wichtige Themen beleuchtet. *(kt)*

© komba gewerkschaft

Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst

Ansprüche sind tarifvertraglich abgesichert

Die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes ist eine wichtige Ergänzung der gesetzlichen Rente.

Die Ansprüche aus der Zusatzversorgung sind tarifvertraglich abgesichert. Sie bestehen unabhängig davon, ob die Zusatzversorgung über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) oder eine Kommunale Zusatzversorgungskasse erfolgt. Deshalb führen von den Arbeitgebern einseitig vorgenommene Änderungen bei der Finanzierung zu keinerlei Nachteilen für die Beschäftigten.

Das gilt auch für die Reduzierung des Umlagesatzes bei der VBL im Abrechnungsverband West – seit Anfang des Jahres beträgt dieser 6,9 Prozent statt bisher 7,86 Prozent. Dies hatte teilweise zu Irritationen und der irrigen Annahme geringerer Rentenansprüche geführt. Eine Leistungsabsenkung setzt jedoch eine Änderung der entsprechenden Tarifverträge voraus. Dies gibt es nicht und würden wir auch nicht zulassen. Die Ansprüche aus der Zusatzversorgung bestehen also unverändert fort. *(kt)*

Sozialwahlen

dbb Liste wählen

Alle sechs Jahre werden in Deutschland die Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherung gewählt. Die nächsten Sozialwahlen finden im Frühjahr statt.

© Deutsche Rentenversicherung

Die Selbstverwaltungsorgane legen in vielen Bereichen das Vorgehen ihres Selbstverwaltungsträgers fest. Die Sozialwahlen haben auch in der gesetzlichen Rentenversicherung eine hohe Bedeutung. Dort entscheidet die Vertreterversammlung unter anderem, welche Rehamaßnahmen gefördert und übernommen werden. Außerdem stellt sie den Haushaltsplan fest und wählt die ehrenamtlichen Versichertenberaterinnen und -berater.

Gemeinsam mit dem dbb setzt sich die komba für eine leistungsfähige Rentenversicherung ein. Wir rufen die Wahlberechtigten auf, die dbb Liste zu unterstützen. Spitzenkandidat ist der dbb Bundesvorsitzende **Uli Silberbach**. *(kt)*